



## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Clemens Viehrig	CDU	entschuldigt
Herr Matthias Tänzer	AfD	entschuldigt

### **zusätzliches Mitglied**

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

### **Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes**

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Frau Frauke Havekost		nicht entschuldigt
Frau Franziska Lüder	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Oliver Stiffel		nicht entschuldigt

### **Schriftführer/in:**

Frau Ukrow, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.10.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters in das Auswahlgremium zur sozialen Integration von Flüchtlingen
- 4 Überlegungen für einen systematischeren Ansatz zur Förderung der schwimmerischen Grundausbildung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Ausbau und Nutzung der Fläche am Kuhforter Damm für den Breitensport  
Vorlage: 19/SVV/0648  
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis  
OBR Golm, WA KIS, B/Sp.
- 5.2 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024

- Vorlage: 19/SVV/1174  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 5.3 Onlinetool zur Vergabe von Potsdamer Sportstätten  
Vorlage: 19/SVV/0998  
Einreicher: Fraktion CDU
- 5.4 Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1076  
Einreicher: Fraktion CDU
- 5.5 Honorare an der Städtischen Musikschule  
Vorlage: 19/SVV/1129  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 5.6 Kein Kanalsprint im Trinkwasser  
Vorlage: 19/SVV/1079  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 5.7 Sanierung Montessori-Oberschule (22) in Potsdam-West  
Vorlage: 19/SVV/1112  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
- 6.2 Sachstand Schule / Medienstadt
- 6.3 Sachstand Strandbad
- 6.4 Änderung Rechtsnachfolge Hoffbauer gGmbH
- 7 Sonstiges
- 7.1 Nächste Ausschusssitzung
- 7.2 Stand der Verhandlungen mit dem Seesportclub, die Zukunft des Sportclubs und des Poetenpacks

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Wollenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des**

## **öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.10.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Wollenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Das Protokoll wird mit zwei Enthaltungen bestätigt.

Herr Wollenberg bittet darum die TO in folgender Reihenfolge zu ändern:

- a) Tausch TOP 5.3 mit 5.5
- b) Zur Bitte des Vorziehens des Tagesordnungspunktes 6.3 zum Seesportverein wird vorgeschlagen, dass er beginnen kann, sobald Herr Kümmel den Raum betritt (er macht dann 6.3 mit 7.2 gemeinsam).

Alle mit geänderter TO einverstanden.

### **zu 3 Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters in das Auswahlgremium zur sozialen Integration von Flüchtlingen**

Es besteht zunächst noch die Frage des Anliegens. Herr Wollenberg erläutert, dass es in der RL zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Flüchtlingen um Projekte und deren Bewertung geht. Diesbezüglich würden die Aufgaben Antragsprüfungen, Aktenstudium und Jurysitzungen umfassen.

Vorschlag: Daniel Keller  
Abstimmung: Einstimmig ja

### **zu 4 Überlegungen für einen systematischeren Ansatz zur Förderung der schwimmerischen Grundausbildung**

Herr Naundorf hat um Rederecht gebeten, einstimmig ja  
PPP (als Anlage)

Gründungsanlass der DLRG waren vor über hundert Jahren die vielen Ertrinkenden. Das hat sich natürlich gebessert. Leider ertrinken auch heute noch viele Menschen. Die Arbeit der DLRG ist ehrenamtlich. Wer das „Seepferdchen“ hat, kann sich kurz über Wasser halten, kann aber noch nicht schwimmen.

Die wesentlichen Anliegen der DLRG sind:

- Seepferdchen und ein Halbjahr in der 3. Klasse reichen nicht!
- Zusammenarbeit der Träger der Jugendhilfe, Schulen, Kita's, Vereine, Bäder und Verwaltung
- Flexiblere Vergabe von Trainingszeiten für Schwimmbildung –auch im Kiezbad
- Fachbereichsübergreifende Unterstützung für ehrenamtliche Schwimmangebote
- Kiezbad im Norden

Diskussion: Frau Bartelt fragt nach, ob es wirklich keine Schwimmkurse im Stern-

Bad gibt? Zumindest nicht durch DLRG – andere Kurse sind Herrn Naundorf nicht bekannt. Hat die DLRG noch personelle Kapazitäten für weitere Kurse – Herr Naundorf verneint.

Frau Becker fragt nach: Ist ein Beschluss für ein Kiezbad im Norden gefasst?  
Herr Wollenberg antwortet: Nein.

Herr Naundorf antwortet auf Herrn Wollenbergs Frage der Abstimmung der Anbieter: OSC hat 300 Kinder in der Ausbildung, aber es erfolgt weniger ehrenamtlich. Aber auch der OSC hat eine Warteliste.

Frau Sello erläutert, dass es seit blu-Eröffnung keine Wartelisten für beide Bäder gibt. Ein Kurs kostet 100,00 €, private Schwimmschulen sind teurer. Was kostet es bei DLRG? Herr Naundorf: 115,00 € aber Kinder bleiben bis sie schwimmen können. Die längste Warteliste besteht beim DJSA (Deutsches Jugendschwimmabzeichen) in Silber.

Frau Lange erläutert, dass es bei den ersten Kursen aus ihrer Erfahrung einfacher ist. Bei den älteren Kindern ab 3. Klasse sind dann die kleinen Becken der privaten Anbieter nicht mehr nutzbar und es wird bei den großen Bädern enger.

Frau Becker erfragt, wie die Gewährleistung der benötigten Infrastruktur seitens der Verwaltung geplant ist.

Frau Aubel führt aus, dass das Anliegen für die Planungen im Norden ausführlich dargestellt wurde, aber es konnte haushalterisch nicht abgebildet werden. Aus sportfachlicher und bildungspolitischer Sicht kann der Wunsch eines zusätzlichen Bades im Norden unterstützt werden.

Frau Lange meint, dass dann eine Fläche anzupeilen wäre und dann muss es in einen künftigen Haushalt aufgenommen werden.

Herr Wollenberg dankt Herr Naundorf und der DLRG und bestätigt, dass man sich weiter damit beschäftigen wird. Herr Naundorf ergänzt, dass er sehr gern den Doppelausschuss genutzt hätte.

### **zu 6.3 Sachstand Strandbad**

Herr Kümmel stellt mittels Powerpointpräsentation alle Fakten vor (Anlage). Fläche des Strandbades wird etwas kleiner, dafür gewährt die Stiftung Baurecht. 1500 m<sup>2</sup> BGF dürfen überbaut werden (Strandbad und PSSC). Außerdem gibt es eine Zwischenlösung für den PSSC e.V.

Die Zeitschiene lautet: Beschlussfassung im Stiftungsrat im Dezember 2019, Einbringung in die StVV im Januar 2020, anschließend Ausschüsse und dann kann im März beschlossen werden.

Herr Wollenberg wundert sich über die BGF und erfragt das Zustandekommen sowie, wieviel davon für den Verein zur Verfügung stehen wird. Außerdem interessiert ihn, ob Einvernehmen mit dem Verein besteht.

Frau Becker erfragt Prüfung der Notwendigkeit der Flächeneinschränkung, kann dort evtl. auch noch ein Bad hin?

Herr Boede erklärt, dass die StVV zuvor informiert werden will und nicht am Schluss. Was ist mit dem Platz im Babelsberger Park und dessen Nutzung?

Herr Keller erinnert sich, dass ein Tausch nur kommen sollte, wenn alle Seiten mit der neuen Lösung mitgehen können. Muss der Verein kurzfristig von seinem Grundstück?

Herr Kümmel antwortet: der Verein mietet bei der Stiftung und die Stadt wirkt für eine Lösung zwischen Stiftung und Verein. Da kann die LHP das Ziel formulieren, dass es Zeit gibt, die gebraucht wird. Er hofft, dass es so bei der Stiftung angekommen ist. Jetzt sind es noch über 3000 m<sup>2</sup> BGF, das ist in der Tat mehr. Genehmigung des Gebäudes ist an denkmalpflegerische Auflagen gebunden, daher war die Größe auch Verhandlungsgegenstand, das Ergebnis war der Kompromiss. Ein größeres Gebäude war nicht verhandelbar. Die Fragestellung war im Hauptausschuss, dort wurde festgelegt, dass eine Informationsveranstaltung dann kommt, wenn die Verträge geschlossen sind. Sanitäranlagen sind gesichert.

Frau Stockhaus vom Verein betont, dass Fläche auf ein Drittel zusammenschmilzt. Es gibt zwar Freude über den Erhalt des Standortes, aber was ist in der Übergangsphase ab 2020?

Herr Sima erklärt, dass die Nutzer der Nowawiese aktuell den Sanitärbereich im Strandbad nutzen. Wie ist es für die Zukunft vorgesehen?

Herr Kümmel sagt, dass es bei der Doppelnutzung im Strandbad bleibt.

Herr Keller appelliert, dass es für eine Beschlussfassung förderlich wäre, wenn der Verein noch bis zum Abriss das Gelände nutzen könnte.

Frau Aubel bestätigt, dass das verabredet sei, dass seitens der Stadtspitze noch auf die Stiftung eingewirkt werden solle.

Herr Kümmel ergänzt, dass es bereits die Suche nach Alternativflächen gibt, aber die ist noch nicht abgeschlossen.

Herr Böttcher fasst nochmal die Verkleinerung für den PSSC zusammen. Warum wird auf knapp 4000 m<sup>2</sup> verzichtet? Es wäre doch möglich und nötig, eine größere Fläche zu beplanen.

Herr Kümmel betont erneut, dass nur begrenzte Flächen bebaubar sind.

Herr Böttcher fragt: Was ist mit anderen Parkflächen um z.B. für die Bootslagerung Raum zu finden. Und was ist mit dem Poetenpack?

Herr Kümmel betont: Auch das Vorgelände ist UNESCO-Welterbefläche und verhindert andere Nutzungen als die für Park. Auch der Wert von Flächen ist nicht immer gleich und wurde berücksichtigt.

Herr Keller will große Unruhe im Verein vermeiden und bittet um Klärungen mit dem Verein.

Frau Aubel ergänzt, dass das Poetenpack ihres Wissens die Anmietung von Schulräumlichkeiten anstrebe.

Herr Boede fragt, ob geprüft wurde, die Kleingartenanlage Am Mühlentor alternativ zu nutzen?

Herr Wollenberg schlägt vor, dass dies im Rahmen einer kleinen Anfrage nochmal erfragt werden kann.

## **zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 5.1 Ausbau und Nutzung der Fläche am Kuhforter Damm für den Breitensport Vorlage: 19/SVV/0648**

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis  
OBR Golm, WA KIS, B/Sp.

Frau Aubel erklärt, dass eine Priorisierung auf Stufe 1 erfolgen sollte. Das ist so geschehen und für den 26.11.2019 im Bauausschuss vorgesehen.

Durch Verwaltungshandeln ist der Antrag erledigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>2</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

### **zu 5.2 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024**

**Vorlage: 19/SVV/1174**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Frau Aubel bringt die Vorlage mittels PPP ein (Anlage). Letzte Folie beinhaltet auch die Inhalte, die nicht im Eckwertebeschluss enthalten sind.

Leider sind nicht im Eckwertebeschluss enthalten: das Mint-Konzept, der Verein

Frau Becker fragt, ob es eine detailliertere Aufschlüsselung geben wird für die StVV. Frau Aubel erklärt, dass dies teilweise möglich wäre und laufende Personalkosten auch enthalten sind.

Herr Wollenberg ergänzt, dass in den aktuellen Planungsstufen noch getauscht werden kann zwischen den Geschäftsbereichen. Nach dem Eckwertebeschluss kann man immer nur noch innerhalb des eigenen Budgets tauschen bzw. zugunsten des einen etwas Anderes streichen.

Herr Keller fragt zum Leichtathletikstadion. Frau Aubel erklärt, dass die Sanierung enthalten sei, allerdings ohne das Tribünengebäude.

Frau Bartelt hat die Öffnung der Schulhöfe als gesetzt verstanden und wundert sich nun über die Nichtberücksichtigung. Außerdem will sie wissen: Was ist mit dem nur geringen Aufwuchs bei der SSA, ist da alles eingeplant? Dies wird bejaht.

Wann sind alle Schulen durch? Frau Lange und Herr Wollenberg antworten:

2024.

Frau Lange denkt, dass man über die nicht enthaltenen Zahlen diskutieren kann. Was ist mit „Betriebs-Kita“ gemeint – für die Stadtverwaltung zur Steigerung der Attraktivität?

Frau Aubel erklärt, dass dies Mehrkosten wären für Kinder, deren Eltern (MitarbeiterInnen der LHP) nicht aus Potsdam kommen. Für diese bestünde kein kommunaler Versorgungsauftrag.

Herr Wollenberg meint, dass es noch Zeit gibt, sich zu einigen Fakten zu verständigen. Eine Anhebung auf einer Seite muss immer ein Absenken auf der anderen Seite zur Folge haben.

Herr Dörschel kann die Ausgaben nur gegeneinander aufwiegen und Verschiebungen gedanklich in Angriff nehmen, wenn er alle Planungen kennt. Wann bekommen die Stadtverordneten diese Liste in die Hand?

Frau Gutschmid fragt zu den außerschulischen Förderungen.

Frau Aubel antwortet: Bei Kultur ist die Höhe neu, das Planetarium bleibt, aber ohne gewünschte Aufstockung, das Extavium ist noch nicht verstetigt.

Frau Schkölziger fragt, ob es bei der Schulsozialarbeit bereits um die Aufstockung innerhalb von Schulen geht. Frau Abel führt aus, dass es zunächst um den beschlossenen Ausbau geht bis alle Schulen versorgt sind und noch nicht um Erweiterungen innerhalb der Schulen.

Herr Boede fragt, ob die Sportstätten abgesichert sind, d.h. sind die Sanierungen ausreichend abgebildet?

Herr Richter antwortet, dass Sanierungen im Investitionshaushalt abgebildet werden und nicht von den Eckwerten betroffen sind.

Frau Bartelt fragt, ob die anfallenden Tarifierpassungen abgebildet sind. Dies bejaht Frau Aubel.

Frau Bartelt ist erstaunt, dass die Stadtverordneten hier so intensiv mitwirken sollen. Sie sähe eher eine Priorisierung als gangbaren Weg.

Frau Lange ergänzt Frau Bartelt, dass eigentlich nichts aufgelistet wurde, dass „hinten runterfallen“ darf. Daher müssten die Stadtverordneten mind. 1 Mill € mehr verlangen.

Herr Keller erklärt, dass man früher einbezogen werden wollte. Dies ist nun die gewünschte Möglichkeit. Daher müsste dann gewichtet werden. Man kann auch etwas fordern ohne konkretes Wissen, wo es herkommt. Besser wäre jedoch, man hat Geld in Aussicht, das dagegengesetzt werden kann.

Herr Wollenberg fasst zusammen. Eine Entscheidung würde er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht empfehlen. Er empfiehlt, erst den Strategietag abzuwarten, der den geforderten Gesamtüberblick geben soll.

Herr Dörschel ergänzt, man sollte deutlich machen, ob dies am 4.12.2019 beschließbar sein soll oder nicht.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

### zu 5.3 **Onlinetool zur Vergabe von Potsdamer Sportstätten**

**Vorlage: 19/SVV/0998**

Einreicher: Fraktion CDU

Frau Gutschmidt bringt die Vorlage ein. Ein Onlineportal wäre für alle Seiten einfacher und transparenter.

Die Verwaltung stimmt diesem Antrag aus fachlicher Sicht zu. Die Arbeit innerhalb der Verwaltung würde sehr vereinfacht werden.

Herr Boede kann sich dies nicht vorstellen, denn es muss jeder Verein dabei mitwirken und Eingaben ins System machen.

Frau Gutschmidt ergänzt, dass es zunächst um eine Prüfung geht und andere Orte (u.a. Schwerin oder Münster) es schon so machen.

Herr Gessner ergänzt, dass verwaltungsseitig gewünscht sei. Für beide Seiten gibt es Vorteile. Dennoch muss die Verwaltung weiter steuern und die eigentliche Vergabe vornehmen. So werde es z.B. auch in Schwerin gemacht.

Herr Böttcher hat dennoch offene Fragen zu Details in der Durchführung und der Bedürfniserfassung der verschiedensten Vereine.

Frau Aubel will die individuelle Beratung der Sportvereine und auch die Buchung der Trainingszeiten erhalten. Aber für die Kolleg\*innen sollte es dringend ein technisches Überblickstool geben.

Auch Herr Keller sieht das so und ergänzt, ein Mangel an Hallenzeiten wird dadurch natürlich nicht gelöst. Möglicherweise haben die Mitarbeiter\*innen dann freigewordene Zeitanteile, um zu kontrollieren, ob jeder seine Hallenzeiten auch nutzt.

Frau Aubel erläutert, dass die Projekte, die durch den Bereich IT erledigt werden, priorisiert werden. Dabei waren andere Themen bis jetzt immer höher priorisiert worden.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Sportstättenvergabe in Potsdam über ein öffentlich zugängliches Online-Portal abgewickelt werden kann. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung sind dem Ausschuss für Bildung und Sport im 2. Quartal 2020 zu berichten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

#### zu 5.4 **Wettkampffähige Sportanlagen für Potsdam**

**Vorlage: 19/SVV/1076**

Einreicher: Fraktion CDU

Frau Gutschmidt erläutert, dass es sportbezogene Planungen für Krampnitz geben muss bei dem aktuellen Sportflächendefizit. Sportvereine haben ja bereits mittels Brief diesbezüglich alarmiert.

Frau Schkölziger kann nicht alles gut herauslesen und findet daher die Umsetzung auch für die Verwaltung schwierig.

Herr Richter hat Potentiale geprüft und diese seien sehr begrenzt. Es gibt keine großen Flächen, die eine Umsetzung ermöglichen.

Herr Dörschel fragt, welche Zusatzkosten fallen an, wenn man aus einer vorhandenen Schulsportanlage eine wettkampftaugliche macht inkl. zusätzlichem Flächenbedarf. Was ist diesbezüglich in Krampnitz geplant?

Herr Wollenberg erläutert, dass der Punkt 1 geprüft ist. Punkte 2 und 3 sind beschlossen und Punkt 4 ist Teil der Wirtschaftsplanung und einen Sportpark gäbe es bereits – das ist für ihn der LuftschiFFhafen.

Herr Gessner ergänzt, dass es zu diesen Themen bereits mehrere Beschlüsse gibt. Ein neuer Beschluss wäre dann ggf. eine Bekräftigung, wäre also unschädlich. Für wettkampffähige Plätze fehlen die Flächen – das wurde gründlich geprüft. Für Fahrland sind Flächen angemeldet ebenso für Krampnitz. Für Breitensport gibt es Sportparks im Stern, im Schlaatz oder im Volkspark.

Herr Richter kann die Frage zu den Kosten nicht so pauschal beantworten. Je nach Vor-Ort-Bedingungen variieren die Kosten. Das aktuelle Waldstadtprojekt kostet ca. 2,5 Mill. € aber da sind auch Schulsportbedarfe inkludiert. Allein die Grundstückskosten sind sehr verschieden.

Herr Keller bestätigt, dass die Punkte 1-3 erfüllt sind. Lediglich Punkt 4 wäre etwas Neues, was geändert eingebracht werden könnte.

Herr Boede würde den Antrag unterstützen. Die Abdeckung durch andere Beschlüsse sieht er nicht. Die Schulsportmindestgrößen ergeben keine wettkampftauglichen Plätze, so wird ja i.d.R. verfahren. Es wäre außerdem hilfreich, wenn das Land Vorgaben macht, die den Kommunen mehr Spielraum geben (z.B. bei der Auswahl der Beläge).

Frau Gutschmidt stellt den Antrag zurück und bringt ihn nochmal geändert ein

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

#### zu 5.5 **Honorare an der Städtischen Musikschule**

**Vorlage: 19/SVV/1129**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Aubel erläutert, dass die gewünschte Prüfung erfolgt ist. Die Honorare für die Lehrkräfte sind neu berechnet worden. Dies ist jedoch nicht im Eckwert enthalten. Der Kostendeckungsgrad der Musikschule liegt bei 44% ergänzt Frau Lupuleak. Eine Beitragserhöhung sei aus Ihrer Sicht keine Option zur Kostendeckung, so Frau Aubel.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

## zu 5.6 **Kein Kanalsprint im Trinkwasser**

**Vorlage: 19/SVV/1079**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Boede bringt ein, dass es keine Mittel mehr gibt für ein Ereignis mit riesiger Trinkwasserverschwendung. Das wird sogar aus Fördermitteln bezahlt, die anderweitig besser verausgabt werden sollten. Der Änderungsantrag mit der Nutzung von Havelwasser irritiert ihn, da es oft bei Niedrigwasser verboten ist, Havelwasser zu entnehmen.

Herr Dörschel erläutert die Entstehungsgeschichte des Änderungsantrags und teilt mit, dass das Event nicht verhindert werden soll. Einzige Alternative wäre Havelwasser, aber dies muss der Veranstalter entscheiden.

Frau Aubel hat darüber mit Beig. Meier gesprochen. Die Feuerwehr hat ein neues Pumpgerät, das viel Wasser aus Havel aufnehmen und woanders abpumpen könnte. Ob es technisch so genau dafür geht, ist noch nicht endgeprüft. Allerdings muss die Feuerwehr dieses Gerät auch regelmäßig prüfen, da ließen sich zwei Dinge gut verbinden. Diese Variante ginge aber frühestens ab 2021.

Herr Keller erinnert sich an einen ähnlichen Antrag zum Havelwasser. Darüber kann man befinden, aber das Sportevent als solches steht für ihn nicht zur Debatte.

Frau Bartelt schlägt vor, dass man den Antrag modifiziert.

Herr Wollenberg schlägt folgende geänderte Fassung vor:

„Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam spätestens ab 2021 ohne Trinkwasser stattfinden.“

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung städtischer Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass ~~für Wassersportveranstaltungen im Stadtkanal Potsdam ab~~ **spätestens 2021 kein Trinkwasser mehr zur Verfügung gestellt wird und kein Sponsoring durch städtische Betriebe mehr erfolgt. nicht mehr in Trinkwasser stattfinden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

**zu 5.7 Sanierung Montessori-Oberschule (22) in Potsdam-West****Vorlage: 19/SVV/1112**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Rederecht für Herrn Rafael wird gewährt. Er ist seit 1,5 Jahren Schulleiter und erklärt die schulische Situation mittels einer Powerpointpräsentation (Anlage). Es gab eine Situation, da kam Putz von der Decke. Es gäbe einen dringenden Sanierungsbedarf. Außerdem werden weitere Räume benötigt. Ein Anbau im Zuge der Turnhallenerweiterung wäre möglich und für die Schule sehr hilfreich.

Herr Boede erklärt, dass es um einen Prüfauftrag geht. Der Handlungsbedarf ist gestiegen.

Herr Keller meint, dass ein Anbau für den Mehrbedarf verständlich ist, eine Umformulierung könnte das Anliegen schärfen.

Frau Aubel unterstützt das Anliegen, aber sieht die singuläre Betrachtung einer Schule als problematisch an. Dann wird jede Schule mit ihren Bedarfen in den Ausschuss kommen, was keine Lösung für die Zukunft sein kann.

Herr Richter erklärt ebenfalls, dass der Sanierungsbedarf unstrittig ist. Leider verschiebt das starke Bevölkerungswachstum Planungen und Prioritäten. Bei einer Erweiterung der Planung muss überlegt werden, was dafür an anderer Stelle liegen bleibt. Das aktuelle Problem beim KIS sind 6 unbesetzte Stellen. Externe Planer sind nicht das Hauptproblem.

Frau Schkölziger kann sich an Verschiebungen in den Prioritäten erinnern, was zu großem Unmut an den Schulen führte. Herr Richter befindet sich gerade in den Abstimmungen zum nächsten Wirtschaftsplan. Der könnte im März vorgestellt werden.

Herr Wollenberg findet es gut, dass die Verwaltung im Frühjahr darlegen will, wie die Raumbedarfe mit der Turnhalle verknüpft werden könnte.

Herr Keller votiert für einen Änderungsvorschlag.

Frau Bartelt schließt sich Frau Aubel an, dass es ungünstig wäre, wenn ein Bedarf gegen andere Bedarfe ausgespielt wird. Besser wäre die Nutzung der Steuerungsfunktion mit einer großen Anmeldung statt kleiner Anträge.

Herr Dörschel ist in der Sache dafür, dass die Erweiterung um Schulräume mit dem Turnhallenumbau verknüpft wird.

Herr Böttcher fragt zum Sanierungsstau nach.

Herr Richter erläutert, dass dort einiges erforderlich sei. Raumbedarfe werden immer aus dem Verwaltungshandeln heraus berücksichtigt.

Herr Boede ergänzt, dass es normales politisches Gebaren ist, sich für Schulsanierungen einzusetzen und neue Prioritäten zu setzen. Veränderte Bedarfe erfordern ggf. neue Bewertungen, das sollte man gelassener sehen.

Frau Aubel erklärt, dass neue Prioritäten sehr wohl andere Schulen zurückwerfen und sich für diese negativ auswirken könnten. Sie bietet an, im I. Quartal 2020 aufzuzeigen, wo welche Sanierungsbedarfe bestehen. Dann könne man bei Bedarf gemeinsam in den Prioritäten schieben.

Herr Böttcher ist für eine Beschlussfassung und will sich den Änderungsantrag nochmal anhören, denn in dieser Schule ist die Brisanz eine besondere.

Herr Keller zieht seinen Änderungsantrag zurück.  
Herr Boede macht sich die Worte dieses Änderungsantrages zunutze und stellt eine neue Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die folgende neue Fassung zu beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Raumbedarf der Montessori-Oberschule für die bestehende Zügigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls den Rummehrbedarf im Rahmen des schon im KIS-Wirtschaftsplan befindlichen Sporthallen Um- und ausbau einzuplanen. Die finanziellen Mehrkosten sollen in der Haushaltsaufstellung aufgenommen werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

**zu 6            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1        Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Richter stellt den Sachstand mittels Powerpointpräsentation vor (Anlage).  
Es gibt keine Nachfragen.

**zu 6.2        Sachstand Schule / Medienstadt**

Frau Aubel stellt den Sachstand mittels Powerpointpräsentation vor (Anlage).

Herr Boede fragt, was mit der Sportfläche Sandscholle ist? Frau Aubel bestätigt, dass die Fläche Sandscholle bis zur Entscheidung bezüglich der Medienstadt weiter beplant werde.

**zu 6.4        Änderung Rechtsnachfolge Hoffbauer gGmbH**

Die Kitas gehen in die Hoffbauer gGmbH über. Dazu gibt es eine Informationspflicht, die hiermit erfolgte.

**zu 7      Sonstiges**

**zu 7.1    Nächste Ausschusssitzung**

Die gemeinsame Sitzung mit dem JHA findet voraussichtlich im Februar 2020 statt. Die nächste Sitzung findet am 17.12.2019 um 17:30 Uhr im Haus 1 (Hegelallee) im Raum 405 statt.

Herr Sima berichtet: Gestern haben sich alle 15 Potsdamer Fußballvereine zu einer Krisensitzung getroffen betreffs fehlender Kapazitäten. Es wird sich eine Arbeitsgruppe oder auch Bürgerinitiative bilden für die deutlichere Darstellung der Bedarfe.